

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Josip Juratovic, Anette Kramme,
Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9974 –**

Neue Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt

A. Problem

Menschen mit Migrationshintergrund haben nach Aussage der antragstellenden Fraktion wesentlich schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt als die anderen Bürger und Bürgerinnen.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern einen Gesetzentwurf der Bundesregierung und entsprechende Initiativen, um die Diskriminierung dieser Personengruppe zu beseitigen. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse müsse verbessert, das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium an den spezifischen Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund ausgerichtet und die berufliche Deutschförderung gestärkt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Konkrete Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9974 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Sabine Zimmermann
Vorsitzende

Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Johannes Vogel (Lüdenscheid)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/9974** ist in der 201. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Oktober 2012 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern, den Arbeitsmarktzugang für Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Einer Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation, des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und andere zufolge fehle es an spezifischen Förderansätzen für Migrantinnen und Migranten. Viele Grundsicherungsstellen betrachteten den Untersuchungsergebnissen zufolge diesen Personenkreis nicht als eigene Zielgruppe. Auch werde in der Studie bemängelt, dass in den Jobcentern der Anteil von mitarbeitenden Fachkräften mit eigenem Migrationshintergrund mit ca. 3 Prozent äußerst gering sei.

Menschen mit Migrationshintergrund müssten stärker als bisher in das Fördergeschehen einbezogen werden. Ähnlich wie bei der Berufsausbildung müssten Fort- und Weiterbildungen durch begleitende Hilfen unterstützt werden. Passgenaue Unterstützung setze auch voraus, dass verschiedene Träger ihre jeweiligen Kompetenzen und Leistungen verbindlich miteinander verknüpfen. Es müssten Netzwerkstrukturen aufgebaut und koordiniert werden, die die für eine effektive Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund relevanten Akteure wie Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Kommunen, Schulen, Unternehmen, Kammern, Verbände, Bildungsträger, Migrantenorganisationen usw. umfassten. Hierzu seien entsprechende Ressourcen und ein Netzwerkmanagement notwendig. Dabei sei es sinnvoll und notwendig, die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure so zu gestalten, dass Hilfe und Unterstützung soweit wie möglich wie aus einer Hand erfolgten. Die Leistung müsse dem Menschen folgen und nicht der Mensch der Leistung.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben den Antrag auf Drucksache 17/9974 in ihren Sitzungen am 12. Juni 2013 beraten und dem Deutschen Bundestag gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags

empfohlen. Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 28. November 2012 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/9974 in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte die Wichtigkeit des Themas. Die Integration in den Arbeitsmarkt sei eine Schlüsselaufgabe. Das gelte auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Koalition habe dementsprechend eine Vielzahl von Maßnahmen dafür getroffen und u. a. das Gesetz zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse erlassen. Der vorliegende Antrag sei dagegen nicht hilfreich.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, dass die Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund doppelt so hoch sei wie bei den anderen Bürgern und Bürgerinnen. Diskriminierung am Arbeitsmarkt müsse abgebaut werden. Dazu sollten u. a. anonyme Bewerbungen eingeführt und ein Integrationsbeauftragter bei den Agenturen für Arbeit bzw. den Jobcentern zur Begleitung der Integration in den Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Darüber hinaus müsse die Förderung von Deutsch im Beruf gestärkt werden; denn die Sprache sei ein Schlüssel für den Arbeitsmarktzugang.

Die **Fraktion der FDP** erklärte sich mit dem Ziel des Antrags einig. Das gelte auch für die Bedeutung, die man der Zuwanderung zumesse. Der Antrag selbst überzeuge allerdings nicht. Teils würden Forderungen erhoben, die bereits erfüllt seien, wie bei der Sprachförderung. Außerdem solle man das entsprechende Gesetz nicht nach erst einem Jahr Geltungsdauer nicht erneut ändern. Darüber hinaus lehne die FDP ein weiteres Sonderprogramm ab. Und die geforderten anonymen Bewerbungen seien für eine allgemeine Einführung noch nicht genügend ausgereift.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stimmte den inhaltlichen Forderungen des SPD-Antrags zu. Allerdings sehe die Fraktion Probleme bei der Herangehensweise an das Thema. Allein mit der demographischen Entwicklung und also ökonomisch zu argumentieren, lehne man mit Blick auf die betroffenen Menschen ab. Das gegebene Instrumentarium der Arbeitsmarktförderung und das Sanktionsregime des SGB II werden allerdings nicht grundlegend in Frage gestellt. Man werde sich folglich der Stimme enthalten.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte sich ebenfalls mit dem Ziel des Antrags einig und machte Probleme mit der Herangehensweise geltend. Die Antragsteller neigten zu sehr zu Sonderprogrammen. Das Problem könne man aber nur als Querschnittsaufgabe lösen. Alle Beschäf-

tigten in den beteiligten Institutionen müssten interkulturelle Kompetenzen erwerben. Eine ganzheitliche Integrationsstrategie werde gebraucht. Die Grünen setzten sich daher für einen Instrumentenkasten mit sehr viel Spielraum ein.

Berlin, den 12. Juni 2013

Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Berichterstatter